



20.12.06 H.B.-Stu

Sehr geehrte Damen und Herren,

die 8.700 Beschäftigten der Unikliniken Heidelberg sind äußerst beunruhigt über das geplante Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG).

Es besteht eine begründete Besorgnis, dass sich durch die Belastungen die für die Krankenhäuser vorgesehen sind die Arbeitsbedingungen verschlechtern, viele Stellen abgebaut werden müssen und darunter sich die Qualität der Krankenversorgung erheblich verschlechtert. Wir haben deshalb auf unserer Personalversammlung am 14.12.2006 einstimmig beigefügte Resolution verabschiedet.

Wir bitten Sie eindringlich darum darauf hinzuwirken, dass die notwendigen Korrekturen im Gesetz vorgenommen werden, damit die vielen Beschäftigten (> 1 Mio.) der Krankenhäuser nicht die Leidtragenden dieser Reform werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Oppenheimer
Vorsitzende

Herbert Beck
Stellv. Vorsitzender

Personalrat

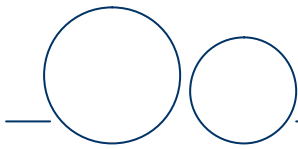
Vorsitzende:
Gabriele Oppenheimer
Fon: 06221 56-7017

1. Stellv. Vorsitzender:
Herbert Beck
Fon: 06221 56-2992

2. Stellv. Vorsitzender:
Bernhard Hoffmann
Fon: 06221 56-7014

Im Neuenheimer Feld 154
69120 Heidelberg
Fon: 06221 56-7016
Fax: 06221 56-5726
Personalrat@
med.uni-heidelberg.de

[www.klinikum.uni-heidelberg.de/
personalrat](http://www.klinikum.uni-heidelberg.de/personalrat)



Resolution

Die Beschäftigten der Universitätskliniken Heidelberg wenden sich entschieden gegen das Inkrafttreten des vorliegenden GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes.

Wir sind in dreifacher Hinsicht von der Gesundheitsreform betroffen: als Versicherte, als potentielle Patientinnen und Patienten und als Beschäftigte.

Als Versicherte wenden wir uns gegen einen Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung. Der Gesundheitsfond führt zu einer weiteren finanziellen Belastung der Versicherten zugunsten einer Entlastung der Arbeitgeber. Er zwingt die Kassen ihre Leistungen einzuschränken. Die Einrichtung des Gesundheitsfonds darf nicht verschoben, sondern muss, genau so wie die Zusatzprämie der Krankenkassen, aus dem Gesetz gestrichen werden.

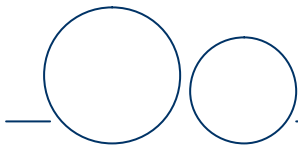
Wir wollen keine Kopfpauschale, sondern eine Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf der Basis einer Bürgerinnenversicherung.

Im Interesse unserer Patientinnen und Patienten fordern wir dringend eine Rücknahme der Budgetkürzungen, sowohl bisheriger als auch der neuen bei den Krankenhäusern.

Es ist ein Unding, dass die Krankenhäuser, die größtenteils selbst sanierungsbedürftig sind, neben der 1%igen Anschubfinanzierung für die integrierte Versorgung noch einen Sanierungsbeitrag für die Krankenkassen zahlen sollen. Diese Belastungen und die Umstellung auf das neue Finanzierungssystem werden unweigerlich zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitsbedingungen, zu Stellenabbau und - zum Nachteil unserer Patientinnen und Patienten - zu einem Qualitätsverlust in der Krankenversorgung führen.

Unter diesen erschwerten Rahmenbedingungen wird es für unser Klinikum unmöglich sein, das hohe Niveau in Patientenversorgung, Forschung und Lehre zu halten.

Wir haben in den vergangenen Jahren notwendige Reformprozesse am Klinikum aktiv und konstruktiv mitgestaltet. Viele Leistungen konnten zum Wohle unserer Patientinnen und Patienten nur mit zusätzlichem Engagement auch außerhalb der regulären Arbeitszeit erbracht werden. Die obere Belastungsgrenze ist bereits erreicht bzw. überschritten. Eine erneute Arbeitsverdichtung ist nicht mehr zumutbar und gefährdet unsere Arbeitszufriedenheit, Motivation und Gesundheit am Klinikum.



Mit alten und neuen Budgetkürzungen nimmt man eine Verschlechterung der Qualität in der Krankenversorgung und eine steigende Arbeitslosenquote in Kauf. Letzteres ist bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit unverantwortlich.

Die Beschäftigten der Uniklinik Heidelberg erkennen sehr wohl den Reformbedarf im Gesundheitswesen. So wie sie vorgesehen ist führt sie jedoch in eine „Zwei-Klassen“-Medizin. Dagegen wehren wir uns entschieden.

Wir wollen eine echte Reform – eine die ihren Namen verdient.

Wir wollen ein paritätisch finanziertes und solidarisches Gesundheitswesen.

Wir wollen unter vernünftigen Arbeitsbedingungen auch in Zukunft eine qualitativ gute Arbeit machen können.

**Angenommen von den Beschäftigten des Klinikums der Universität
Heidelberg in der Personalversammlung am 14. 12. 2006**